

Politisches Vertrauen in Zeiten der Corona-Pandemie

Sebastian Jäckle und Uwe Wagschal

Zusammenfassung

Dieser Artikel fokussiert vor dem Hintergrund der Corona-Krise auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Basierend auf drei Online-Umfragewellen, die zwischen Mai 2020 und Februar 2021 durchgeführt wurden, wird das spezifischen Politikvertrauen in die Hauptentscheidungsträger:innen sowie das generalisierte Politikvertrauen in das politische System analysiert.

1 Einleitung

Die Polarisierung der Gesellschaft nimmt seit Jahren zu, wie auch neuere Umfrageergebnisse zeigen (Back et al., 2021). Die Corona-Pandemie kann als Katalysator dieses Prozesses aufgefasst werden. Zahlreiche Demonstrationen, mitunter gewalttätige Proteste, die Verlagerung des Diskurses in untereinander nicht mehr miteinander kommunizierende Echokammern im Internet und die Radikalität, mit der die eigenen Positionen dort vertreten werden, sind Erscheinungen dieses Strukturwandels der politischen Kommunikation (Cinelli et al., 2021). Die Corona-Pandemie wird dabei zum Teil nicht nur als eine Krise des Gesundheitssystems wahrgenommen, sondern als Krise des gesamten politischen Systems. Dieser Aufsatz nimmt mit dem Vertrauen in die Politik den Kern dieser Entwicklung in den Fokus und zeigt auf, wie sich dieses Vertrauen während des ersten Jahres der Corona-Krise in Deutschland entwickelt hat und welche Faktoren es beeinflusst haben.

Hierfür werden auf Basis von drei Wellen eines Online-Panels (Mai 2020, Nov. 2020 und Feb. 2021) sowohl das spezifische Vertrauen in die konkreten Hauptent-



Dr. Sebastian Jäckle
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Universität Freiburg



Prof. Dr. Uwe Wagschal
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Universität Freiburg

scheidungsträger:innen während der Pandemie als auch das stärker generalisierte Politikvertrauen, operationalisiert über das Vertrauen in weitere gesellschaftspolitische Akteur:innen und Institutionen, betrachtet. Hauptziel der Arbeit ist es, diejenigen Faktoren auf individueller Ebene zu identifizieren, die mit diesen beiden Vertrauenskategorien zusammenhängen. Als erklärende Variablen werden primär die politische Einstellung, die Belastung durch Corona sowie das Vertrauen in klassische und soziale Medien als Informationsquelle in den Blick genommen.

2 Theoretische Basis – Vertrauen in der Politik

In der Demokratieforschung gilt das politische Vertrauen als wichtige Steuerungs- und Lenkungsressource für die Exekutive. Vertrauen in die Kerninstitutionen des Staates und in die wichtigsten Entscheidungsträger:innen unterstützt die Legitimation des politischen Systems und hängt eng mit Indikatoren von *Good-Governance* zusammen (Hartmann & Offe, 2001; Wagschal, 2019). Auch im Beziehungsgeflecht von *accountability* und *responsibility* basiert die Bindung zu den Parteien und letztlich zur Exekutive vielfach auf Vertrauen. Politisches Vertrauen, von Putnam (2000) als Teil des Sozialkapitals beschrieben, stellt zudem eine zentrale Ressource für politisches Handeln dar, d.h. für die Möglichkeit Politik zu betreiben, was sich auch empirisch bestätigt hat (Ackermann & Freitag, 2015). Entsprechend stellt Vertrauen innerhalb der Politik ein zentrales Moment dar, dessen Betrachtung gerade in Krisenzeiten wichtige Erkenntnisse liefern kann.

Politisches Vertrauen ist ein Sonderfall des sozialen Vertrauens und als solcher eine „Disposition von Akteuren, anderen Akteuren auf Dauer bestimmte Handlungsressourcen wie Macht, Geld, Zeit, Information zur Verfügung zu stellen“ (Gabriel, 2002, S. 494). Bei politischem Vertrauen kann zwischen einer vertikalen und einer horizontalen Ebene, aber auch nach den Adressaten des Vertrauens unterschieden werden: handelt es sich um konkrete Personen, um bestimmte Institutionen oder noch umfassendere allgemeine Kategorien wie „den Staat“ oder „die Politik“. Daneben stellt sich die Frage, ob es sich um bewusstes, konkretes Vertrauen handelt, oder um „generalisiertes, [...] über Sozialisationsprozesse erworbenes Vertrauen“ (Kaina, 2004, S. 529).

Nach Easton hängt die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems zunächst von der Zustimmung der Wähler:innen und Bürger:innen ab, was er als *Input-Legitimation* bezeichnet. Er unterscheidet zudem zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung. Die spezifische Unterstützung bildet die Zufriedenheit der Bürger:innen mit konkreten *Policies* und politischen Akteuren ab (Easton, 1965, S. 268), während die diffuse Unterstützung, auf der die *Input-Legitimation* größtenteils basiert, stärker die allgemeine Bewertung des gesamten politischen Systems ins Auge fasst. Zudem gäbe es eine Wechselwirkung, sodass eine negativ wahrgenommene Performanz der politischen Akteure und Programme (= geringe spezifische Unterstützung) auf Dauer auch zu einer Erosion der diffusen Unterstützung führen könne. Ein generalisiertes Vertrauen sieht Easton dabei – neben der Legitimität eines politischen Systems – als zentrales Element der diffusen Unterstützung (Kaina, 2004).

Die zweite Ebene, die in Eastons systemtheoretischem Modell eine Rolle spielt, ist die *Output*-Legitimation. Der Kerngedanke dieses Ansatzes ist, dass ein politisches System umso mehr Legitimität besitzt, je mehr die Bürger:innen von dessen Leistungen – z.B. in Form einer niedrigen Arbeitslosenquote – profitieren. Bei der Corona-Krise kann die Leistungsfähigkeit der Politik entsprechend sowohl an epidemiologischen Kriterien, wie Inzidenzwerten und Todeszahlen, aber auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der getroffenen Maßnahmen bewertet werden. Ein Nichterfüllen der (selbst definierten) Ziele des politischen Systems kann nach dieser Theorie das Vertrauen in die handelnden Politiker:innen unterminieren und sogar die Zustimmung zum gesamten politischen Gemeinwesen untergraben. Im systemtheoretischen Modell von Easton steht zwischen *Input* und *Output* des politischen Systems der *Throughput*, also das, was innerhalb der *Black Box* des politischen Betriebs geschieht. Auch dieser kann Auswirkungen auf die Legitimität des Systems haben. Gerade im Kontext der Corona-Pandemie könnten die lang andauernden Entscheidungsverfahren, das sprunghafte Hin und Her zwischen Offenheit und Lockdown und das föderale Kompetenzzwirrwarr nicht nur das Vertrauen in die konkreten Handlungsträger:innen, sondern auch das Vertrauen in die grundlegenden Institutionen und Verfahren der Demokratie beschädigt haben.

Die psychologische Forschung zeigt zudem, dass Vertrauen auch mit Angst zusammenhängen kann. Vertrauen ist nur notwendig, wenn Menschen nicht die volle Kontrolle besitzen – dann stärkt es Bindungen zwischen ihnen. Bei fehlender Kontrolle kann sich aber auch Angst entfalten. Ulrich Beck (1986) hat in seinen Arbeiten auf Eigenschaften moderner Gesellschaften hingewiesen, die gut zur Corona-Pandemie passen. So sind in der „Risikogesellschaft“ die Menschen immer stärker unsichtbaren Bedrohungen ausgesetzt, die nicht oder nur schwer zu kalkulieren sind. Dieses hohe Maß an Unsicherheit und Kontrollverlust könne wiederum zu einer Angstsituation führen, in der das generalisierte Vertrauen in die Politik abnehme.

In der folgenden Analyse werden zwei Arten des politischen Vertrauens unterschieden: Erstens das *spezifische Politikvertrauen* in die zentralen, im Rahmen der Corona-Pandemie relevanten politischen Entscheidungsträger:innen sowie zweitens das *generalisierte Politikvertrauen*, welches ein Grundvertrauen in das deutsche politische System im Allgemeinen und damit in weitere, die Gesellschaft prägende Institutionen (und weniger konkrete Personen) darstellt. Im Sinne der *Output*- und *Throughput*-Legitimität ist anzunehmen, dass sich das politische Handeln der Entscheidungsträger:innen vergleichsweise direkt im spezifischen Politikvertrauen widerspiegelt, wohingegen das generalisierte Politikvertrauen zeitlich stabiler sein sollte. Mit zunehmender Dauer der Pandemie könnte aber auch hier ein Abfall stattfinden.

3 Forschungsstand: Vertrauen in die Politik

Dauerbeobachtungen zeigen ein vergleichsweise konstantes Bild der Zufriedenheit mit der Demokratie: Laut Allgemeiner Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften sind über 70% der Bürger:innen mit der Demokratie zufrieden, wobei es lediglich ei-

nen größeren Einbruch während der sogenannten Migrationskrise 2015 gab (ALLBUS, 2020). Die Daten des Politbarometers weisen etwas niedrigere Werte auf – insbesondere in Ostdeutschland gaben Anfang bis Mitte der 2000er Jahre nur 30-40% der Befragten an, mit der Demokratie sehr oder eher zufrieden zu sein (Tausendpfund, 2018, S. 31). Erste Analysen, die das politische Vertrauen während der Pandemie in anderen Europäischen Ländern (u.a. Italien, Niederlande) in den Blick nehmen, zeigen zu Beginn der Krise und im Anschluss an die ersten getroffenen Maßnahmen (z.B. Lockdowns) vielfach einen *Rally-'round-the-Flag*-Effekt, d.h. eine erhöhte Unterstützung der Regierungsparteien (Bol et al., 2021; Schraff, 2020; de Vries et al., 2021). Umfragedaten aus Schweden zeigen zudem, dass es der Regierung dort nicht gelungen ist, die positiven Bewertungen zu Beginn der Krise über die Zeit aufrechtzuerhalten (Johanson et al., 2021).

Analysen, die die Reaktionen der Bürger:innen auf die Krise im globalen Vergleich betrachten, zeigen, dass konsequente und harte Maßnahmen die Ängste in der Bevölkerung reduzieren und dass ältere, gesündere und interessanterweise auch Befragte mit niedrigerer Bildung stärkeres Vertrauen in Regierungen haben. Weitere positiv wirkende Faktoren sind die Haushaltsgröße und der Familienstand (verheiratet), während ein hohes Einkommen in reichen Ländern dämpfend auf das Vertrauen wirkt, in armen Ländern jedoch positiv mit Vertrauen assoziiert ist. Keines der globalen Regressionsmodelle kann jedoch mehr als 15% der Varianz des Vertrauens erklären. Wenn homogenere Ländergruppen, die nach Globalisierungsgrad, der Institutionenqualität und dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand unterschieden werden, gesondert analysiert werden, erhöht sich die Erklärungskraft merklich. Dies bedeutet, dass bestimmte Faktoren in bestimmten Situationen/Kontexten einen großen Einfluss auf das Vertrauen haben, in anderen hingegen nicht (Gozgor, 2021).

Einen Perspektivwechsel nehmen Han et al. (2021) vor. Sie fragen danach, inwieweit das Vertrauen in die Regierung die Umsetzung von Covid-19-Maßnahmen erleichtert hat. In ihrer internationalen Vergleichsstudie mit Teilnehmer:innen aus 23 Ländern zeigen sie, dass die „Gefolgschaft“ bei Gesundheitsschutzmaßnahmen (Händewaschen, *Social Distancing* und Selbst-Isolation) umso größer ist, je höher das Vertrauen in die Regierung ist. Kleinere Studien für die Bundesrepublik weisen ähnliche Befunde auf. Nach Horstmann et al. (2021) etwa ist ein hohes Vertrauen in die Regierung mit einer stärkeren Nutzung der Corona-Warn-App verbunden.

Für das erste Halbjahr der Corona-Pandemie untersuchen Eitze et al. (2021) das Vertrauen der Bevölkerung in das Robert-Koch-Institut (RKI), in die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und andere Institutionen der Gesundheitspolitik. Auch hier zeigen die Befunde ein hohes und stabiles Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Zudem haben Befragte höheren Alters, Frauen, höhere gebildete Personen, Bewohner von Großstädten sowie chronisch Kranke ein größeres Vertrauen.

4 Forschungsleitende Annahmen

Die nachfolgenden empirischen Untersuchungen überprüfen die folgenden, auf den theoretischen Vorüberlegungen und dem Forschungsstand basierenden Annahmen:

a) Zunächst wird angenommen, dass generalisiertes Politikvertrauen ein grundsätzlich vergleichsweise stabiles Persönlichkeitsmerkmal ist, welches weniger kurzfristigen Schwankungen unterworfen sein sollte als das stärker situative, spezifische Politikvertrauen gegenüber konkreten Personen und Institutionen. Wenn es zu Änderungen im Politikvertrauen im Zuge der Corona-Krise kommt, ist somit davon auszugehen, dass zunächst das spezifische und erst mit Verzögerung und wohl auch schwächer, das generalisierte Politikvertrauen betroffen sein dürfte. Entsprechend kann die Erwartung aufgestellt werden, dass zunächst im Sinne des *Rally-'round-the-Flag*-Effekts das spezifische Politikvertrauen vergleichsweise hoch war, dieses aber durch die lang anhaltende Krise, die Kompetenzstreitigkeiten zwischen politischen Ebenen und auch den letztlich nur bedingt überzeugenden Output (Todeszahlen, Wirtschaftliche Probleme im Zuge der Maßnahmen) mit der Zeit abgenommen hat. Die vergleichsweise kurze Zeitspanne seit Beginn der Pandemie dürfte hingegen nicht ausgereicht haben, um das Vertrauen in das gesamte politische und gesellschaftliche System als solches stark zu beeinflussen. Das generalisierte Politikvertrauen, welches v. a. die *Input*-Legitimation des politischen Systems ausmacht, sollte sich entsprechend gar nicht oder nur wenig verändert haben.

b) Der zweite Block an Annahmen befasst sich mit ideologischen und parteipolitischen Präferenzen der Befragten. Zunächst ist davon auszugehen, dass der *Rally-'round-the-Flag*-Effekt auf das spezifische Politikvertrauen besonders stark bei den Anhänger:innen der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD ausgeprägt ist. Zudem dürften weiter links positionierte Parteien und deren Anhänger:innen staatliche Eingriffe – auch zum Schutz der Bevölkerung vor einer Pandemie – eher befürworten, wohingegen liberale und rechte Parteien die Einschränkung von Freiheitsrechten kritisch sehen und stärker die Eigenverantwortung der Bürger:innen in den Fokus nehmen. Ein besonders niedriges spezifisches Vertrauen in die handelnden Politiker:innen kann entsprechend für Personen mit Wahlpräferenz für eine der Corona-Protestparteien (WiR2020, dieBasis) aber auch für AfD- und FDP-Anhänger:innen vermutet werden. Diese ideologischen Effekte sollten sich in der Tendenz auch im generalisierten Politikvertrauen widerspiegeln, dort aber weniger stark und direkt durchschlagen als beim spezifischen Politikvertrauen.

c) Ein dritter Block an Annahmen fokussiert auf das Vertrauen der Bevölkerung in unterschiedliche Informationsquellen zum Thema Corona. Die Corona-Krise war lange Zeit das dominierende Thema in den Medien. Insbesondere in sozialen Medien, in Blogs, auf Telegram und in YouTube-Videos wurde die Regierungslinie zum Teil stark kritisiert, während viele klassische Medien, trotz durchaus vorhandener kritischer Töne, die Notwendigkeit der Corona-Maßnahmen zumeist unterstrichen. Für Großbritannien zeigten Fletcher et al. (2020) zudem, dass das Vertrauen in die Medien und die offiziellen, durch Regierungsstellen verbreiteten Informationen bezüglich der

Pandemie besonders an den politischen Rändern zurückgeht. Ähnliches konnte man in Deutschland im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ beobachten, während der sich insbesondere Personen im rechten politischen Spektrum vermehrt von den etablierten Medien abwendeten (Stichwort: Lügenpresse). Umgekehrt wird hier davon ausgegangen, dass sich das Vertrauen (oder Nicht-Vertrauen) in bestimmte Informationsquellen und Medien auch auf das politische Vertrauen auswirkt. Die Annahme ist, dass sich Vertrauen in klassische Medien (v.a. Zeitungen, öffentlich-rechtlicher Rundfunk) sowie in offizielle staatliche Informationsquellen (z.B. RKI) positiv auf das Vertrauen in die Politik auswirkt, wohingegen Vertrauen in soziale Medien einen negativen Einfluss haben dürfte.

Die im Folgenden durchgeführte empirische Analyse des spezifischen und generalisierten Politikvertrauens kontrolliert zusätzlich auf psychologische Prädispositionen der Befragten, wie deren Einstellungen zu autoritären Maßnahmen, deren soziales Vertrauen in andere Menschen, ihre Ängste sowie wahrgenommene psychische und finanzielle Belastungen im Zusammenhang mit der Krise, ihre grundsätzliche Akzeptanz freiheitseinschränkender Maßnahmen sowie soziodemographische Faktoren. Daneben wird auch getestet, inwiefern Charakteristika des Landkreises, in dem die Befragten wohnen, in Bezug auf langfristige wirtschaftliche Kriterien (Arbeitslosenquote, BIP pro Kopf) sowie pandemische Maßzahlen (Covid-19-Inzidenzen und Todeszahlen) das Politikvertrauen bedingen.

5 Datenbasis

Die Daten für die vorliegende Analyse entstammen drei Wellen einer Umfragerihe zur Corona-Pandemie und deren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen, die im Rahmen des Politikpanel Deutschland (PPD) zwischen Mai 2020 und Februar 2021 durchgeführt worden sind (<https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/>). Insgesamt haben über die drei Wellen hinweg 23.697 Befragte teilgenommen – davon 3.212 an allen drei Wellen. Wie alle selbst-selektierenden Online-Befragungen ist auch das PPD keine repräsentative Befragung, weist aber bei den Indikatoren Alter, Geschlecht und Verteilung über die Bundesländer eine Struktur auf, die nicht weit vom Bevölkerungsdurchschnitt entfernt ist und damit eine gute Annäherung an die Grundgesamtheit darstellt. Männer sind leicht überrepräsentiert. Insbesondere sind jedoch Personen mit Hochschulabschluss sowie Befragte, die angeben, die Grünen wählen zu wollen, überrepräsentiert. Gleichwohl zeigen die Daten, dass keine größere gesellschaftliche Gruppe extrem stark unterrepräsentiert ist, bzw. in der Stichprobe nicht vorkommt. Selbst in der Gruppe der Älteren (> 65 Jahre), die ansonsten bei Online-Befragungen oftmals nur sehr schwach vertreten sind, finden sich ausreichend Teilnehmer:innen. Die Daten werden in der Analyse zudem gewichtet, um sie dem Bevölkerungsdurchschnitt anzupassen.

6 Methodisches Vorgehen

An dieser Stelle soll das Studiendesign nur kurz beschrieben werden. Detailliertere Informationen zum methodischen Vorgehen finden sich in Jäckle & Wagschal (2022a) und die Replikationsdaten im Harvard Dataverse (Jäckle & Wagschal 2022b). Die beiden abhängigen Variablen *spezifisches Politikvertrauen* in die für die Corona-Maßnahmen relevanten Entscheidungsträger:innen und *generalisiertes Politikvertrauen* in weitere, die Gesellschaft prägende, Institutionen werden als Indizes aus einzelnen *Items* konstruiert. Die dazugehörige Frage im *Survey* lautete: „Und wie sehr vertrauen Sie persönlich den folgenden Einrichtungen oder Personen? – 1) Bundesregierung, 2) Bundeskanzlerin, 3) Bundestag, 4) Ministerpräsident(in) des Bundeslandes in dem Sie leben, 5) Polizei, 6) Richter und Gerichte, 7) Parteien, 8) Stadt- und Gemeindeverwaltung“. Als Antwortmöglichkeit stand eine 5er-Skala von „vertraue ich überhaupt nicht“ = 1 bis „vertraue ich voll und ganz“ = 5 zur Verfügung. Die ersten vier *Items* werden zum Index des spezifischen Vertrauens zusammengefasst, da dies die zentralen politischen Hauptentscheidungsträger im Rahmen der Corona-Krise in Deutschland sind. Die übrigen vier *Items*, welche das gesellschaftliche und politische System in Deutschland sehr viel breiter erfassen, werden zum Index des generalisierten Politikvertrauens kombiniert. Beide Indizes berechnen sich über das ungewichtete arithmetische Mittel der vier *Items*.

Neben deskriptiven Darstellungen dieser Vertrauensvariablen wird zudem eine gesonderte Regressionsanalyse berechnet. Mit dieser soll jenseits bivariater Zusammenhänge auf weitere potenziell relevante Faktoren kontrolliert und so eine kohärente Gesamtanalyse durchgeführt werden.

Die unabhängigen Variablen dieser Regressionsanalyse, d.h. diejenigen Faktoren, bei denen wir einen Zusammenhang mit den Vertrauensmaßnahmen annehmen, sind einerseits die *Links-Rechts-Einstellung* (11-er Skala) sowie die *Parteipräferenz* (gemessen über Sonntagsfrage) und andererseits das *Vertrauen in verschiedene Informationsquellen* bezüglich der Corona-Berichterstattung. Für diese Variable werden zwei Indizes gebildet. Der erste misst das Vertrauen in klassische Medien und offizielle Informationsquellen (Tageszeitungen, Magazine und Wochenzeitungen, öffentlich-rechtliches Fernsehen, Radio, Onlineseiten bekannter Medien und offizielle Internetseiten wie RKI oder Gesundheitsministerium), der zweite in soziale Medien (Internet Blogs und Youtube sowie soziale Netzwerke wie Facebook oder Instagram).

Für die Regressionsanalysen werden einzelne fehlende Werte mithilfe einer multiplen Imputation ersetzt. Auf diese Weise kann für die Analysen auf alle 3.212 Personen zurückgegriffen werden, die an allen drei Wellen teilgenommen haben. Obgleich, wie Abbildung 1 gezeigt hat, die Verteilung der Befragten in Bezug auf soziodemographische Faktoren sowie die Sonntagsfrage für eine selbstselektierte Online-Stichprobe vergleichsweise wenig verzerrt ist, ist es angebracht, die Fälle so zu gewichten, dass sie möglichst der intendierten Grundgesamtheit – in unserem Fall also der wahlberechtigten Bevölkerung – entsprechen. Die Gewichtung mittels *Raking* erfolgt anhand des Bundeslandes, der Altersklasse, des Geschlechts und des Bildungsgrades.

7 Ergebnisse

Insgesamt zeigt sich, über den gesamten Zeitraum der drei Erhebungswellen von Mai 2020 bis Februar 2021 betrachtet, nur eine relativ geringe Veränderung in den durchschnittlichen Vertrauenswerten (vgl. *Tabelle 1*). Beim spezifischen Vertrauen ist der durchschnittliche Vertrauensabfall zwar noch etwas größer als beim generalisierten Politikvertrauen, er fällt mit ca. 0,16 Punkten auf der Vertrauensskala von 1-5 jedoch auch nicht wirklich stark aus. Interessant ist allerdings, dass die Streuung um den Mittelwert beim generalisierten Politikvertrauen niedriger ausfällt als beim spezifischen. Bei letzterem gibt es damit deutlich größere Differenzen in den Ansichten der Befragten.

Tabelle 1: Mittelwerte und Standardabweichungen des spezifischen und generalisierten Politikvertrauens

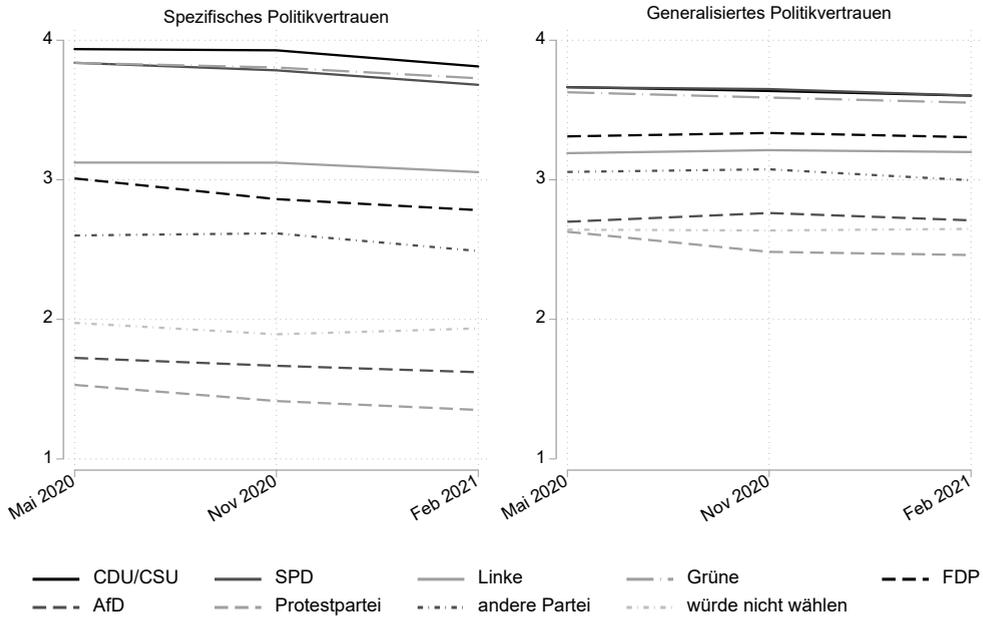
	Mai 2020	November 2020	Februar 2021
Spezifisches Politikvertrauen	3,36 (1,06)	3,31 (1,05)	3,20 (1,05)
Generalisiertes Politikvertrauen	3,41 (0,67)	3,39 (0,66)	3,35 (0,67)

Quelle: Eigene Berechnung, Skala: 1 = gar kein Vertrauen; 5 = vollkommenes Vertrauen. Standardabweichung in Klammern.

Abbildung 1 stellt die Entwicklung des spezifischen und generalisierten Politikvertrauens über die drei Befragungswellen hinweg differenziert nach Parteipräferenz dar. Die höchsten Vertrauensniveaus weisen die Anhänger:innen von CDU/CSU, SPD und Grüne auf. Die der FDP haben ein deutlich niedrigeres Niveau an spezifischem Politikvertrauen, welches sogar noch unter demjenigen der Linken-Anhänger:innen liegt. Anhänger:innen der AfD und der neu gegründeten Protestparteien haben wie erwartet mit Abstand das niedrigste spezifische Politikvertrauen. Im Falle des generalisierten Politikvertrauens ist diese Gruppe zwar auch das Schlusslicht, die Differenzen zu den anderen Parteien sind aber geringer.

Das politische Vertrauen ist allerdings insgesamt von einer hohen Konstanz geprägt. Im Zeitverlauf zeigen sich nur relativ geringe Veränderungen und die Rangfolge der Parteien verändert sich im Hinblick auf die beiden Vertrauensvarianten gar nicht. Der größte Abfall über die Zeit zeigt sich noch beim spezifischen Vertrauen (insbesondere bei FDP, AfD und den Protestparteien), wohingegen die Mittelwerte des generalisierten Politikvertrauens von Mai 2020 bis Februar 2021 bei allen Parteien, mit Ausnahme der Protestparteien, nahezu gleichbleiben. Dies bestätigt tendenziell die Annahmen, dass mit länger andauernder Corona-Krise das spezifische Vertrauen in die handelnden Politiker:innen (zumindest leicht) abnimmt, wohingegen das generalisierte Vertrauen in das gesamte System weitestgehend konstant bleibt.

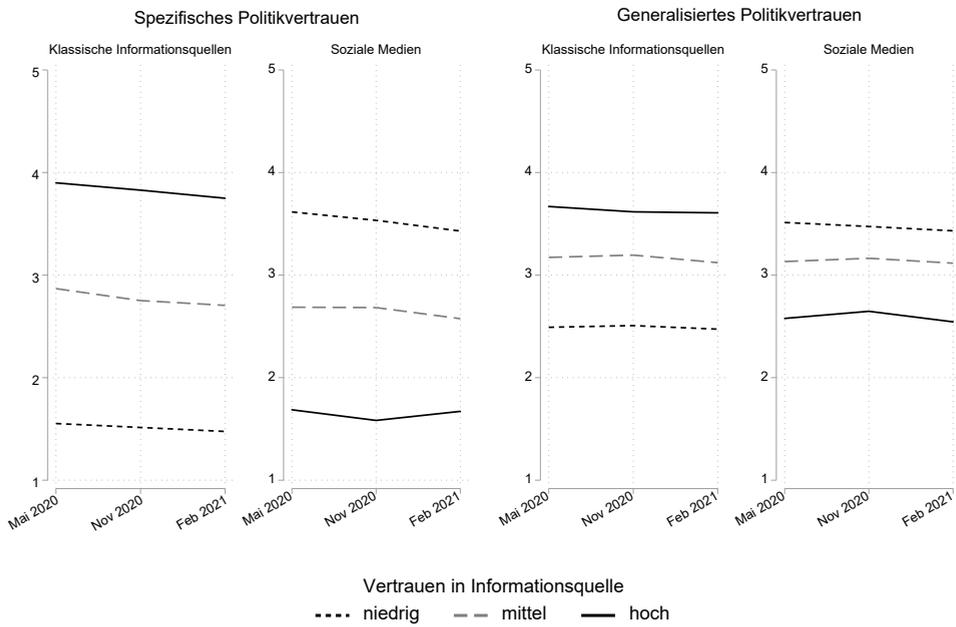
Abbildung 1: Spezifisches und generalisiertes Politikvertrauen nach Sonntagsfrage über die drei Wellen hinweg



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 2 stellt die Entwicklung des spezifischen und generalisierten Politikvertrauens differenziert nach dem Vertrauen in klassische Informationsquellen und in soziale Medien dar. Während die Veränderung über die Zeit innerhalb der drei Gruppen (niedriges, mittleres und hohes Vertrauen in die jeweilige Informationsquelle) relativ gering ausfällt, sind die Niveauunterschiede zwischen den Gruppen auffallend groß. Personen mit hohem Vertrauen in die Corona-Berichterstattung der klassischen Informationsquellen haben ein sehr viel höheres spezifisches Politikvertrauen als diejenigen, die den klassischen Informationsquellen wenig oder kein Vertrauen entgegenbringen. Exakt umgekehrt sieht dies beim Vertrauen in soziale Medien aus. Beim generalisierten Politikvertrauen sind dieselben Gruppenunterschiede vorhanden, aber erneut schwächer ausgeprägt.

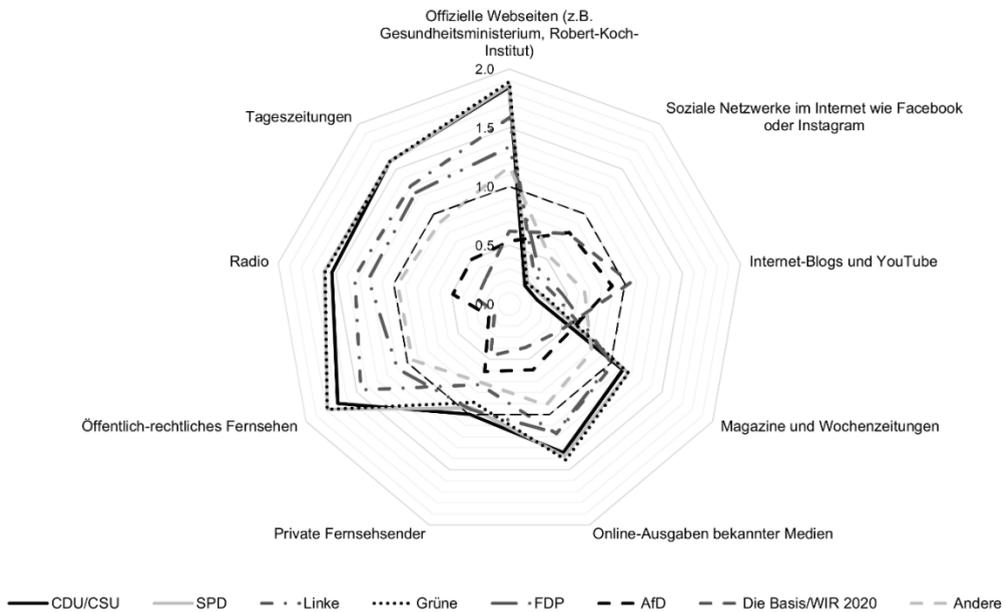
Abbildung 2: Spezifisches und generalisiertes Politikvertrauen nach dem Vertrauen in klassische und soziale Medien



Quelle: Eigene Darstellung.

Beim Vertrauen in die Corona-Berichterstattung zeigen sich zudem deutliche Unterschiede zwischen den Anhänger:innen der verschiedenen Parteien. Diejenigen der CDU/CSU, der SPD und der Grünen vertrauen besonders offiziellen Webseiten sowie den etablierten, öffentlich-rechtlichen Medien und Zeitungen. Bei den Anhänger:innen der Linken und insbesondere der FDP ist das Vertrauen in die klassischen Medien deutlich schwächer ausgeprägt. Personen mit Wahlabsicht AfD oder einer der Protestparteien weichen deutlich vom Rest der Bevölkerung ab. Sie halten so gut wie alle Informationsquellen im Durchschnitt für eher nicht vertrauenswürdig, insbesondere das öffentlich-rechtliche Fernsehen schneidet bei diesen besonders schlecht ab. Den Informationsquellen, denen sie noch am ehesten vertrauen (Internet-Blogs und YouTube sowie soziale Netzwerke) sind gerade diejenigen, denen die restliche Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegenbringt. Über die drei Befragungswellen hinweg haben sich beim Vertrauen in die Medien keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Abbildung 3 zeigt exemplarisch für die letzte Befragungswelle (Februar 2021) die Mittelwerte des Vertrauens in die verschiedenen Informationsquellen/Medien nach Wahlabsicht.

Abbildung 3: Vertrauen in Informationsquellen/Medien zum Thema Corona nach Wahlabsicht



Quelle: Eigene Darstellung. 0 = nicht vertrauenswürdig, 2 = vertrauenswürdig.

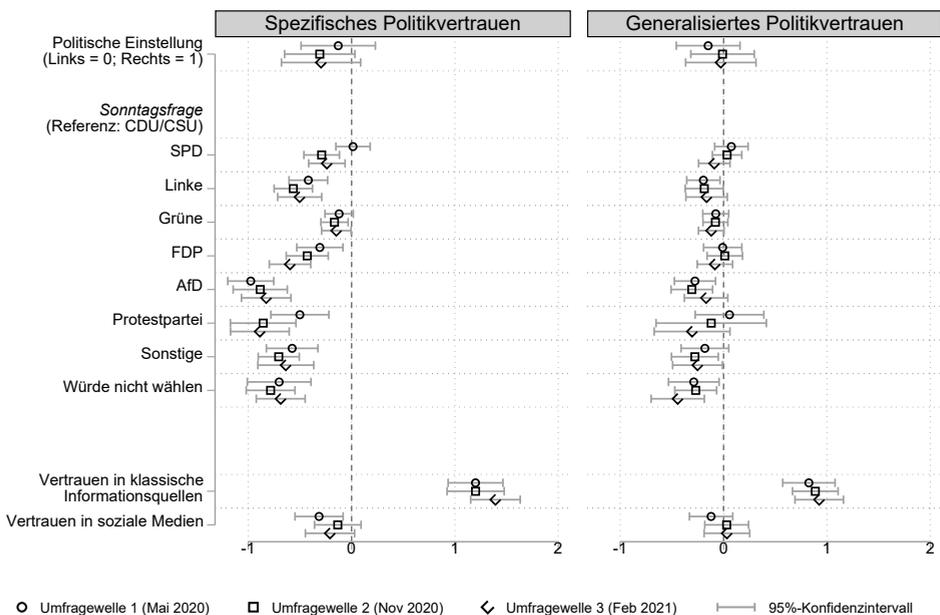
Abbildung 4 präsentiert die Ergebnisse der Regressionsanalyse. Die Modelle weisen mit im Mittel 74-76% Erklärungskraft für das spezifische und 47-57% für das generalisierte Politikvertrauen eine zufriedenstellende bis hohe Erklärungskraft auf. Die Unterschiede im *Model-Fit* sind jedoch wie erwartet: Die getesteten erklärenden Variablen hängen eng mit dem spezifischen Politikvertrauen zusammen und etwas weniger stark mit dem generalisierten.

Das höchste spezifische Vertrauen haben CDU/CSU-Anhänger:innen (in *Abbildung 4* die Referenzkategorie), SPD-Anhänger:innen haben in der ersten Welle ein hiervon nicht unterscheidbares, in der zweiten und dritten Welle allerdings ein etwas niedrigeres spezifisches Politikvertrauen. Sehr nah am Vertrauen der Unions-Anhänger:innen liegen auch diejenigen der Grünen – in den Wellen zwei und drei haben diese sogar ein höheres spezifisches Politikvertrauen als die SPD-Anhänger:innen. Personen mit Wahlpräferenz AfD weisen von den größeren Parteien mit Abstand das niedrigste spezifische Politikvertrauen auf. Linken- und FDP-Anhänger:innen liegen zwischen diesen Extremen. Interessant ist hier allerdings, dass das spezifische Politikvertrauen der FDP-Anhänger:innen über den Beobachtungszeitraum deutlich nachlässt, wohingegen das der Linken-Anhänger:innen eher zunimmt. Ein sehr niedriges und über die Zeit nochmals abnehmendes spezifisches Politikvertrauen haben die Anhänger:innen der Protestparteien – sie bewegen sich (v.a. in der zweiten und dritten Welle) in etwa auf dem Niveau der AfD-Anhänger:innen. Alles in Allem bestätigen sich die Annahmen hinsichtlich des Einflusses der Wahlabsicht, wobei auffällt, dass

das spezifische Politikvertrauen der SPD-Anhänger:innen mit Fortschreiten der Pandemie im Vergleich zu den Unions-Anhänger:innen sogar stärker zurückgeht als dies bei den oppositionellen Grünen der Fall ist. Die weitere Annahme, dass Personen mit einer rechteren politischen Einstellung ein geringeres spezifisches Vertrauen aufweisen, bestätigt sich nur bedingt. Zwar weisen alle Effekte das erwartete Vorzeichen auf, sie erreichen allerdings in keiner der Wellen das angelegte 95% Vertrauenswahrscheinlichkeitsniveau.

Wie erwartet zeigen sich grundsätzlich ähnliche, aber deutlich weniger stark ausgeprägte Parteieneffekte für das generalisierte Politikvertrauen. Ausschließlich die Anhänger:innen der AfD, der Linken, sonstiger Parteien und v.a. die Nichtwähler:innen weisen hier signifikant niedrigere Werte als die Referenzkategorie der Unions-Anhänger:innen auf. Die Links-Rechts-Einstellung ist beim generalisierten Vertrauen keine signifikante Erklärungsgröße.

Abbildung 4: Ergebnisse der Regressionsanalysen



Anmerkung: Dargestellt sind die mittleren b-Koeffizienten inklusive Konfidenzintervallen aus OLS (*ordinary least squares*)-Regressionen basierend auf zehn mittels multipler Imputation erstellten Datensätzen; N = 3.212; Effekte der Kontrollvariablen sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Annahmen bezüglich der Informationsquellen zum Thema Corona bestätigen sich: Menschen, die klassischen Informationsquellen wie Tageszeitungen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder offiziellen Internetquellen wie dem RKI vertrauen, zeigen ein deutlich höheres spezifisches Politikvertrauen in die politischen Akteure,

als diejenigen, die diesen Informationsquellen keinen Glauben schenken. Über die Zeit wächst dieser Zusammenhang sogar leicht an. Umgekehrt zeigt sich: Je stärker Personen den sozialen Medien vertrauen, desto weniger spezifisches Vertrauen in die Politik weisen sie auf. Während der Zusammenhang zwischen klassischen Informationsquellen und dem generalisierten Politikvertrauen zwar reduziert, aber noch deutlich erkennbar ist, ist für die sozialen Medien hier kein Zusammenhang feststellbar. Die Annahme, dass das Vertrauen in Informationsquellen einen größeren Einfluss auf das spezifische Politikvertrauen hat als auf das generalisierte, bestätigt sich somit. Die stärksten Effekte für beide politische Vertrauensarten sind dabei das Vertrauen in die klassischen Informationsquellen sowie die Bewertung der konkreten Covid-19-Maßnahmen. Für das spezifische Politikvertrauen spielt darüber hinaus v.a. die Wahlabsicht „AfD“ eine sehr große Rolle. Gleichwohl muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass sich die Frage der Kausalität auf Basis der Regressionsanalyse nicht letztendlich klären lässt. So ist es zumindest theoretisch auch denkbar, dass Personen mit einem höheren Politikvertrauen mehr klassische (öffentlich-rechtliche Medien) konsumieren – hier also eine umgedrehte Kausalrichtung vorliegt, oder sich beide Variablen „Vertrauen in Covid-19 Informationsquellen“ und „Politikvertrauen (spezifisch bzw. generalisiert)“ gegenseitig bedingen und eine ganz klare einseitige Kausalität gar nicht vorherrscht.

Einige der Kontrollfaktoren zeigen ebenfalls deutliche Effekte. So weisen Menschen mit einer stärker autoritären Einstellung ein höheres spezifisches und auch generalisiertes Politikvertrauen auf – ein Zusammenhang, der sich zudem über die drei Umfragewellen hinweg verstärkt. Personen, die generell ein hohes soziales Vertrauen in ihre Mitmenschen haben, haben durchweg ein höheres spezifisches und insbesondere generalisiertes Politikvertrauen. Ältere Befragte haben ein niedrigeres generalisiertes Politikvertrauen als jüngere. Höher gebildete Personen haben in der ersten Welle noch ein deutlich höheres spezifisches Politikvertrauen, in den beiden späteren Wellen ist dieser Effekt nicht mehr feststellbar. Sämtliche auf der Kreisebene gemessenen Faktoren, die eine *Output*-Legitimation abbilden könnten (Covid-19-Inzidenz, Todesraten, Arbeitslosenquote und BIP pro Kopf) zeigen auf keine der beiden Vertrauensvarianten einen Einfluss.

8 Fazit

Die vorliegende Analyse auf Basis von über 3.200 zwischen Mai 2020 und Februar 2021 in drei Wellen befragten Personen hat gezeigt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik während der ersten zehn Monate der Corona-Pandemie vergleichsweise hoch und stabil war. Die Krise zeigte sich als Stunde der Exekutive, in der große Teile der Bevölkerung sich zunächst hinter die Regierung und die getroffenen Maßnahmen stellten. Wie vermutet, nahm das spezifische Politikvertrauen in die konkreten, in der Krise handelnden Entscheidungsträger:innen leicht ab, das generalisierte Politikvertrauen (in das gesamte politische System) blieb hingegen weitestgehend unverändert.

Das Politikvertrauen, insbesondere das spezifische, unterscheidet sich allerdings sehr deutlich nach Wahlabsicht und Vertrauen in Informationsquellen zum Thema Corona. Unions-Anhänger:innen weisen über den gesamten Zeitraum hinweg das höchste spezifische Politikvertrauen auf, dicht gefolgt von Grünen- und SPD-Anhänger:innen. Wenig verwunderlich ist das spezifische Politikvertrauen unter den AfD-Anhänger:innen und denjenigen der Corona-Protestbewegungen am geringsten. Die deutlichste Abnahme im spezifischen Vertrauen zeigen indes die FDP-Anhänger:innen und zumindest tendenziell haben Personen mit einer rechteren politischen Einstellung ein geringeres spezifisches Politikvertrauen. Menschen, die den klassischen Medien wie Tageszeitungen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den offiziellen Stellen wie dem RKI in der Corona-Berichterstattung Vertrauen schenken, weisen auch ein höheres spezifisches Politikvertrauen auf. Bei denjenigen, die Internetquellen (YouTube, Blogs etc.) bzw. sozialen Medien viel Glauben schenken, ist das spezifische Politikvertrauen hingegen sehr viel schwächer ausgeprägt.

Auch wenn das spezifische Politikvertrauen in die für die Krisenbewältigung zuständigen Politiker:innen sowie Institutionen im Laufe der Pandemie zumindest bei einigen Bevölkerungsgruppen abgenommen hat, so gibt der Befund, dass das generalisierte Politikvertrauen, welches als Grundstock für den gesellschaftspolitischen Zusammenhalt gelten kann, doch weitestgehend stabil geblieben ist, Anlass zur Hoffnung. Denn er zeigt, dass selbst eine Jahrhundertpandemie und ein – vorsichtig ausgedrückt – nicht immer optimales Krisenmanagement nicht zwingend zu einem eklatanten Vertrauensverlust in das politische Gemeinwesen führen. Das politische System in Deutschland kann somit im ersten Jahr der Corona-Pandemie als vergleichsweise stabil betrachtet werden. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass mittel- bis langfristig insbesondere innerhalb derjenigen Gruppierungen, bei denen das spezifische Politikvertrauen während der Krise am meisten gelitten hat, das generalisierte Systemvertrauen so stark zurückgeht, dass es hier zu einem aktiven Abkapseln vom demokratischen System kommen könnte.

Literatur

- Ackermann, Kathrin, & Freitag, Markus. (2015). Social Capital in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer, & Gert Pickel (Hrsg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft* (S. 1-11). Springer Fachmedien Wiesbaden.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-02993-7_21-1
- Back, Mitja, Echterhoff, Gerald, Müller, Olaf, Pollack, Detlef, & Schlipphak, Bernd. (2021). *Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung: Working Report*.
<https://doi.org/10.17879/97049506223>
- Beck, Ulrich. (1986). *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne* (1. Aufl., Erstausg.). Suhrkamp.
- Bol, Damien, Giani, Marco, Blais, André, & Loewen, Peter John. (2021). The effect of COVID-19 lockdowns on political support: Some good news for democracy? *European Journal of Political Research*, 60(2), 497-505. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12401>
- Cinelli, Matteo, De Francisci Morales, Gianmarco, Galeazzi, Alessandro, Quattrociochi, Walter, & Starini, Michele. (2021). The echo chamber effect on social media. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 118(9), e2023301118. <https://doi.org/10.1073/pnas.2023301118>

- De Vries, Catherine E., Bakker, Bert N., Hobolt, Sara B., & Arceneaux, Kevin. (2021). Crisis signaling: How Italy's coronavirus lockdown affected incumbent support in other European countries. *Political Science Research and Methods*, 1-17. <https://doi.org/10.1017/psrm.2021.6>
- Easton, David. (1965). *Framework for Political Analysis*. Prentice Hall.
- Eitze, Sarah, Felgendreiff, Lisa, Korn, Lars, Sprengholz, Philipp, Allen, Jennifer, Jenny, Miriam A., Wieler, Lothar H., Thaiss, Heidrun, De Bock, Freia, & Betsch, Cornelia. (2021). Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen im ersten Halbjahr der Coronapandemie. *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz*, 64(3), 268-276. <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03279-z>
- Fletcher, Richard, Kalogeropoulos, Antonis, & Nielsen, Rasmus Kleis. (2020). *Trust in UK Government and News Media COVID-19 Information Down, Concerns over Misinformation from Government and Politicians Up* (S. 1-8). Reuters Institute for the Study of Journalism. <https://ssrn.com/abstract=3633002>
- Gabriel, Oscar W. (2002). Politisches Vertrauen. In Martin Greiffenhagen, Sylvia Greiffenhagen, & Katja Neller (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (S. 494-500). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80358-0_89
- ALLBUS. (2020). *ALLBUS 1980-2018 (Kumulierte Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften)*. GESIS Data Archive. <https://doi.org/10.4232/1.13395>
- Gozgor, Giray. (2021). Global Evidence on the Determinants of Public Trust in Governments during the COVID-19. *Applied Research in Quality of Life*. <https://doi.org/10.1007/s11482-020-09902-6>
- Han, Qing, Zheng, Bang, Cristea, Mioara, Agostini, Maximilian, Bélanger, Jocelyn J., Gützkow, Ben, Kreienkamp, Jannis, PsyCorona Collaboration, & Leander, N. Pontus. (2021). Trust in government regarding COVID-19 and its associations with preventive health behaviour and prosocial behaviour during the pandemic: A cross-sectional and longitudinal study. *Psychological Medicine*, 1-11. <https://doi.org/10.1017/S0033291721001306>
- Harel, Ofer. (2009). The estimation of R^2 and adjusted R^2 in incomplete data sets using multiple imputation. *Journal of Applied Statistics*, 36(10), 1109-1118. <https://doi.org/10.1080/02664760802553000>
- Hartmann, Martin, & Offe, Claus. (2001). *Vertrauen: Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Campus.
- Horstmann, Kai T, Buecker, Susanne, Krasko, Julia, Kritzler, Sarah, & Terwiel, Sophia. (2021). Who does or does not use the 'Corona-Warn-App' and why? *European Journal of Public Health*, 31(1), 49-51. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckaa239>
- Jäckle, Sebastian, & Wagschal, Uwe. (2022a). Vertrauen in die Politik während der Corona-Krise. *dms – der moderne staat*, 15(1), 149-174. <https://doi.org/10.3224/dms.v15i1.04>
- Jäckle, Sebastian, & Wagschal, Uwe. (2022b). Replication Data for: Politisches Vertrauen in Zeiten der Corona-Pandemie. Harvard Dataverse, <https://doi.org/10.7910/DVN/SZXBH9>
- Johansson, Bengt, Hopmann, David Nicolas, & Shehata, Adam. (2021). When the rally-around-the-flag effect disappears, or: When the COVID-19 pandemic becomes “normalized”. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(sup1), 321-334. <https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1924742>
- Kaina, Viktoria. (2004). Vertrauen in Eliten und die politische Unterstützung der Demokratie. *Politische Vierteljahresschrift*, 45(4), 519-540.
- Putnam, Robert D. (2000). *Bowling alone: The collapse and revival of American community*. Simon & Schuster.
- Schraff, Dominik. (2020). Political trust during the Covid-19 pandemic: Rally around the flag or lockdown effects? *European Journal of Political Research*, 1475-6765.12425. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12425>
- Tausendpfund, Markus. (2018). Zufriedenheit mit der Demokratie. Ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016. *Informationsdienst Soziale Indikatoren: Sonderausgabe: Wählerverhalten und Parteiensystem im Wandel – 40 Jahre Politbarometer*, 60, 29-34. <https://doi.org/10.15464/ISI.60.2018.29-35>
- Wagschal, Uwe. (2019). Politikberatung und demokratische Legitimität. In Svenja Falk, Manuela Glaab, Andrea Römmele, Henrik Schober, & Martin Thunert (Hrsg.), *Handbuch Politikberatung* (S. 51-65). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-03483-2_8